

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)**

58 (25.4.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-225640](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-225640)

# Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen  
des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 58.

Bant, Dienstag den 25. April 1893.

7. Jahrgang.

## Somerule.

II.

Pächter wurden nach Willkür von ihren Höfen, auf welchen schon ihre Irroder gefessen und von welchen Generationen dem Landbesitzer gekütert hatten, vertrieben. Massenauswanderungen nach Amerika fanden statt. Der Hunger war ein täglicher Gast in Irland. Durch allen Druck hatte man aber das Volkswesen der Iren nicht vernichten können. Sie begannen trotz der rohesten Vergewaltigung sich immer energischer gegen das ihnen zugefügte Unrecht aufzulehnen.

Es bildeten sich Verschwörungen, die mit den Waffen in der Hand sich gegen die Landherren auflehnten, die Beamten derselben niederschossen, in der Nacht die Pächter vertrieben, die die Stellen solcher eingenommen hatten, welche von den Gutsherren ermittelt waren. Man verweigerte zuletzt offen die Pachtzahlung. Man führte Krieg gegen die Gerichtsbeamten, die in Folge dessen die Urtheile der Gerichte vollstrecken wollten. Der „Boykott“, eine schneidige Waffe, wurde in Irland erfunden und mit aller Rücksichtslosigkeit angewendet.

Es blieb nicht allein dabei. Die ausgewanderten Iren in Amerika vereinigten sich zur Befreiung ihrer Landleute vom englischen Joch. Man führte den Krieg freilich auch mit Dynamit und Neupulver, man setzte sich ebenso über alle Moralbegriffe fort, wie die Engländer sich Jahrhunderte lang um Gerechtigkeit und Sittlichkeit den Irländern gegenüber nicht gekümmert hatten.

Endlich fing man in England an, diesen jähren Widerstand der Iren als ein Uebel zu empfinden, das man zu beseitigen für notwendig hielt. Da alle, auch die brutalsten Gewaltmaßregeln gegen die Iren keinen Erfolg gehabt hatten, kamen die liberalen Parteien auf den sehr nahe liegenden Gedanken, es einmal mit der Gerechtigkeit zu versuchen.

Das sind die Schritte, die heute von dem liberalen Ministerium unter Gladstone eingeleitet sind. Man will die Irländer verstehen, man verhandelt mit ihnen.

Was man ihnen bietet, ist die Selbstregierung betreffend die inneren Angelegenheiten der Insel, die sonst eine Provinz des britischen Reiches selbstständig bleiben soll. Die Iren sollen die Herren bei sich zu Hause, in ihrem „Home“ (Heim) werden, sich da selbst einrichten dürfen, wie es ihnen paßt, sich daheim selbst regieren.

Das heißt „Somerule“ (sprich: Hohnru). Gegner dieses sehr gerechten und vernünftigen Vorschlages sind selbstredend in erster Linie alle diejenigen Parteien in England, die ein Nachgeben gegen Volkswünsche für eine verderbliche Schwäche der Regierung halten, die die Stärke einer Regierung darin sehen, daß sie, auf die Soldateska gestützt, allen Volkswünschen Trotz bietet. Es sind das diejenigen, die man bei uns als „Juncker und Pfaffen“ bezeichnet. Ferner sind Gegner natürlich diejenigen Personen, die von der Ausquetschung der irischen Pächter ihr glänzendes Leben führen.

Sie fürchten nicht mit Unrecht eine Verminderung des Schandgeldes, das sie aus dem armen Lande herausgepreßt haben.

Dann kommen als Gegner die Personen, welche einen Staat nur für eine Kriegsmaschine halten. Sie fürchten eine Verringerung der Wehrfähigkeit, wenn die Iren einen unabhängigen Verwaltungskörper erhalten. Es sind das die Zentralisten um jeden Preis.

Mit diesen Elementen hat Gladstone zu kämpfen um die „Somerule“ für Irland.

Besonders die gefährdeten Geldinteressen der englischen Landbesitzer in Irland gehen so weit, mit offenem Aufbruch, mit Bürgerkrieg in Irland zu drohen, wenn man den Iren das Recht gewährt, sich in ihrem Vaterlande selbst einzurichten zu dürfen.

Diese „Somerule“-Vorlage ist der Streitgegenstand im heutigen Parlamente von England, der das ganze Land in Aufregung setzt. Man nimmt überall lebhaft für und gegen Partei.

Die Wehrzeit im Parlamente ist für die Gladstone'sche Vorlage durchaus nicht unter allen Umständen sicher, man hofft aber, daß es diesem bedeutenden, hochgeachteten und sehr erfahrenen Politiker gelingen wird, die „Somerule“ doch durch alle Fädelchen zu bringen.

Was ihm irgendwie an Hindernissen von den Gegnern entgegengekehrt werden kann, geschieht. So wendet man auch das Mittel der „Obstruktion“ (Verhinderung) an, wie man es ungenügend im Reichstage des deutschen Reiches der Militärvorlage gegenüber angewendet. Man schleppt durch endlose Rederei, durch unnütze Zwischenanträge, durch Verschleppung, Verschleppung und Vertagung der Sache

hin, indem man hofft, die Anhänger Gladstone's zu ermüden oder einen günstigen Augenblick zur Ueberrumpfung zu finden. Bis jetzt hat Gladstone alle Gegnerschaft glücklich abgewiesen und seine Mehrheit zusammengehalten. Wie es ihm weiter gelingt, muß die Zeit lehren.

Komme es aber wie es wolle, die Somerule werden die Engländer nicht wieder los werden, sie werden den Irländern Gerechtigkeit geben müssen. Sie können die Sache vielleicht noch einige Jahre hindern, aber schließlich müssen sie in den lauren Apfel doch beißen.

Es zeigt dieser Kampf der Iren um ihr Recht deutlich, was ein entschlossenes Volk durch Ausdauer, Muth und Thatkraft selbst einer mächtigen und rücksichtslosen Regierung gegenüber zuletzt durchsetzen kann. Kein Land kann einen fortwährenden Bürgerkrieg in seinem Innern lange ertragen, es muß sich zuletzt zu einem Friedensschlusse herbeilassen. Auf Bonjonnets und Ranonen läßt sich keine Regierung für die Dauer gründen.

Das ist auch für uns eine wichtige Lehre, eine Mahnung zur Ausdauer, zum Muth, zur Treue.

## Politische Rundschau.

Bant, den 24. April.

Der Bundesrath hat die Vorlage, betreffend das Zusatzprotokoll zu dem internationalen Vertrag wegen Unterdrückung des Branntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See vom 14. Februar 1893 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschussbericht über den Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtragsersatz zum Reichshaushaltsetz für 1893/94, betreffend die Errichtung einer Postkast in Washington, sowie den Ankauf eines Postkastens in Madrid und einen weiteren Zuschuß für die Weltausstellung in Chicago wurde die Zustimmung erteilt.

Am Sonnabend hat eine außerordentliche Sitzung des Bundesrathes stattgefunden, in welcher der Nachtragsersatz für 1893/94 betreffend den Zuschuß für die Weltausstellung in Chicago und für die Errichtung einer Postkast in Washington genehmigt worden ist, damit er schleunigst an den Reichstag gelangen und noch von demselben erledigt werden kann. Diese Eile wird mit einer baldigen Auflösung des Reichstages motiviert. Die in letzter Zeit aufgetauchten Zweifel, ob nach Ablehnung der Militärvorlage in ihrem vollen Umfange eine Reichstagsauflösung folgen werde, werden für durchaus unbegründet gehalten. Die Post schreibt: Die Aussichten, daß es in der Militärfrage zu einer Verständigung mit einem Theile des Centrums kommen werde, haben sich im Laufe der letzten Tage nicht vermehrt, sondern sind eher geringer geworden. Nichtsdestoweniger gilt es noch immer für nicht ganz ausgeschlossen, daß der Gesetzentwurf der verbundenen Regierungen in seinen wesentlichen Bestandtheilen bei der zweiten Beratung im Plenum des Reichstages eine Mehrheit von Stimmen auf sich vereinigen werde. Im gegenseitigen Falle gilt die Auflösung des Reichstages als selbstverständlich.

Endlich hat sich der Abgeordnete Ahlwardt entschlossen, seinen Antrag in der Form, wie er von der sozialdemokratischen Fraktion formuliert worden ist, einzubringen. Die notwendige Unterstützung ist von sozialdemokratischer Seite gewährt worden. Der Antrag lautet: „Schleuniger Antrag. Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, welche zu prüfen hat, ob und in wie weit der Inhalt der von dem Abgeordneten Ahlwardt dem Reichstag übergebenen Akten die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstages vom 18. und 22. März d. J. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstages und des Bundesrathes erteilten Anschuldigungen rechtfertigt.“ Dieser Antrag ist für die nächste Sitzung des Reichstages, am Dienstag den 25. d. M., an erster Stelle auf die Tagesordnung gestellt.

Der Bericht der Militärkommission ist heute zur Feststellung gelangt. Die Feststellung verzögert sich dadurch, daß die Regierung wünscht, vor der Mittheilung der Büstenabzüge über den Bericht an die Kommissionsmitglieder Gelegenheit zu erhalten, in dem die Erklärungen der Regierungsvorleiter betreffenden Theil des Berichtes präzisere Formulierungen vorzunehmen. Unter diesen Umständen wird eine Verpöbelung des Kommissionsberichts an die Mitglieder des Hauses nicht vor Dienstag oder Mittwoch Abend erfolgen können. Die Verhandlung über die Militärvorlage soll im Plenum am 2. Mai beginnen.

Streiflichter auf die politische Lage. So theilt sich ein Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“, worin

nachgewiesen werden soll, daß viele ultramontane und deutschfeindliche Abgeordnete nur aus Furcht vor den Wählern gegen die Militärvorlage stimmen würden, gegen die sie selber nichts einzuwenden hätten. Man liest da: „Nicht gegen die Militärerhöhung an sich richtet sich die Opposition, sondern die neuen Steuern, welche sie in ihrem Befolge hat. Der allgemeine Nothstand bewirkt diese ablehnende Haltung. Besonders leidet die Landwirtschaft, und die Wähler urtheilen — wie seine Zeit in der „Kreuz-Zeitung“ berichtet — nach jener fauerländischen Bauern, daß sie an eine Erhebung ihres Gewerbes nicht glauben, wohl aber an neue Steuern. Sie denken also: „Besser bekommen wir es doch nicht, da wollen wir wenigstens sorgen, daß wir nicht mehr zu zahlen brauchen.“ Und deshalb wählen sie Oppositionsmänner.“ Das Argument, ein verlorener Krieg würde weit mehr kosten, als die Vorlage, wirke nur auf die bescheidenen Klassen. Dem Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“ wurde, so erzählt er, an verschiedenen Stellen von Bauern und kleinen Geschäftsleuten dieselbe Antwort: „Uns können die Franzosen und Russen nichts nehmen, denn wir haben selbst nichts“; oder: „Wir sind so wie so pleite“. Wenn die Leute über ihre Nothlage erbittert sind, sich vielleicht sogar in halber Verzweiflung befinden, sind sie für solche Gründe nicht empfänglich. Nur bei den Reichen, bei denen, die wirklich etwas zu verlieren haben, macht man damit Eindruck.“ — Für uns ist diese Ausführung deshalb von Interesse, weil hier offen der allgemeine Nothstand und dessen Einfluß auf die politische Aufrüttelung und Selbstständigkeit der Massen nicht unzutreffend beurteilt wird. Daß aber die Juncker als Nutznießer der Schutzzölle, der Branntweinsteuerwirtschaft, der Ausfuhrprämie und als kapitalistische Grundbesitzer dieser Nothstand mit herbeiführen und befördern, darüber schweigt des Hammerlein's Köstlichkeit. Immer tiefer wird die breite Schicht des Kleinbürgerthums, der Handwerker, kleinen Geschäftstreibenden, Bauern durch die gesellschaftlichen und politischen Mißstände aufgewühlt, und es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, wann sie der Sozialdemokratie anheimfallen. Jedenfalls wollen sie keine neuen Steuerlasten, sie wollen aber auch keine Heeresvermehrung: wie z. B. die Bauernschaft durch den langen Militärdienst geschädigt wird, ist bekannt.

„Böbeler Herrschaft“ nennt die „Nrn. Zeitung“ das verfassungsmäßige deutsche Wahlrecht. Dies kostbare Wahlrecht vom Rhein kann sich nämlich noch immer nicht über das allgemeine Wahlrecht beruhigen und hält jeden Tag für verloren, an dem es nicht seiner Wuth die Jügel schießen läßt. In ihrem neuesten Anfall vertritt sie sich zu obigem Ausdruck. Besonders charakteristisch ist dies in dem Augenblick, wo in Belgien eines der elendesten Censur- und Klassenwahlssysteme, wie es das Bismarck vergötternde Organ in Deutschland herbeiwünscht, unter der Gewalt der öffentlichen Meinung gestürzt wird. — Es wäre für die Welt kein Verlust, wenn die große „Kölnerin“ denselben Weg alles Irdischen wandelte, wie ihre Kollegen, das „Frankfurter Journal“, denn den Nationalmiserablen hat ihre letzte Stunde geschlagen.

Zu den Kontrollversammlungen und den von uns in letzter Nummer erwähnten Vorparlamenten auf diesen Versammlungen erfährt die „F. S.“, daß von Berlin aus keinerlei Weisung ergangen ist, den Mannschaften Vorhaltungen zu machen in Betreff ihrer Theilnahme an Versammlungen und Agitationen über militärische Dinge; auch liegt es der Militärverwaltung durchaus fern, die Staatsbürgerrechte der Mannschaften des Beurlaubtenstandes irgendwie zu beeinträchtigen. Was es daher mit dem im Bereich des VII. Armeekorps verlesenen Korpsbefehl für eine Bewandnis hat, bedarf noch der näheren Aufklärung. — Diele müßte aber bald in einer unzweideutigen Weise gegeben werden, damit daraus klipp und klar die Mannschaften des Beurlaubtenstandes erkennen können, welche Verwaltungsmaßregeln man gegen sie anwenden darf und welche nicht.

7400 eingeschriebene Dirnen giebt es der „Nordd. Allg.-Ztg.“ zufolge zur Zeit in Berlin. Neben diesen kommen natürlich noch die nichteingeschriebenen in Rechnung. Die Zahl dieser wird häufig auf 50 000 angegeben. Die „Nord. Allg. Ztg.“ findet jedoch diese Zahl zu hoch gegriffen. Sie rechnet zur Prostitution nur die genannte Zahl der eingeschriebenen Dirnen. Zwar meint sie: „Wenn man alle Mädchen, Kellnerinnen, Choristinnen, Konfektionsdamen usw., die ein (nur eins!) Verhältnis haben und mit Geld unterstützt werden, hinzurechnen will, so würde allerdings die Zahl erheblich größer sein, als die unter polizeilicher Kontrolle gestellten. Der Begriff der Prostitution ist aber auf solche zu beschränken, deren ausschließliche oder hauptfachliche Erwerbsquelle die Un-



nacht ist." Allein wir sind der Ansicht, daß das Hauptkontingent zur Prostitution gerade nicht durch die eingeschriebenen Dirnen gestellt wird. Da aber zumal die Zahl der "nichtbetriebsmäßigen" Prostituirten von den herrschenden Klassen unterhalten wird, ist es begründlich, wenn die "Nord. Allg. Ztg." über diesen Umfang der Unsitte innerhalb der herrschenden Klassen den Wandel christlicher Nächstenliebe bedenklich macht. Das ist um so bezeichnender, als die "Nord. Allg. Ztg." doch so eifrig für die lex Seize eingetreten ist.

Selbstmorde in deutschen Heere. Nach dem Generalrapport der preussischen Armee des 12. (sächsischen) und des 13. (württembergischen) Armeekorps hat die Armee für den Februar 1893 112 Mann, darunter 22 durch Selbstmord verloren. Es starben also in der "Ferienkolonie" während des Februars nicht weniger als rund zwanzig Prozent durch eigene Hand. — Nach dem Generalrapport des bayerischen Heeres sind in demselben Zeitraum in der bayerischen Armee 12 Mann gestorben, darunter 1 durch Selbstmord, also etwa 8 pCt. Sind solche Ziffern nicht ein mächtiger Anreiz zur Bewilligung der Militärvorlage!

Nachahmenswert. Aus Nürnberg wird gemeldet: Der Fabrikinspektor für Mittelfranken, Regierungsrath A. Kopf hier, erklärte sich bereit, direkt mit den Arbeitern in Verkehr zu treten. In einer Arbeiterverammlung wurde nun nach einem Vortrage des Reichstagsabg. Grillenberger über die Bedeutung des Fabrikinspektorats eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die etwaige Beschwerden der Arbeiter einer Prüfung zu unterziehen und geeigneten Falls dem Fabrikinspektor vorzulegen hat.

Das Kartell zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen in Nürnberg zur gemeinsamen Betreibung der Wahlen für den bayerischen Landtag ist vorläufig gekündigt. Die Nationalliberalen wollen ihren Stützpunkt Sachs als Landtagskandidaten haben, der Nürnberger Deutschfreisinn, der mit dem einflussreichen Geldherrscher seiner Wählererschaft zu rechnen hat, sträubt sich dagegen. Aber da das Kartell sich gegen die Sozialdemokratie richtet, werden die feindlichen Brüder schon noch vor der Wahl Frieden schließen. Wir kennen unsere Pappenheimer.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe haben sich sämtliche Parteien zu einem Kartell gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen. Der wunderbare Ordnungsbrei, in dem sich Freisinnige, Nationalliberalen, Centrumsmänner und Konservative in holdster Eintracht zusammenfanden, um den Sozialdemokraten den Weg in die Gemeindeverwaltung zu versperren, hat denn auch "geseigt". Bei der am 20. d. M. stattgehabten Wahl wurden für die Reichswahlzettel 2600, für die sozialdemokratische 1600 und für die Antifemiten 180 Stimmen abgegeben. Nun hat die Haupt- und Residenzstadt des Badenlandes wieder Ruhe.

Die sächsische Polizeiwirtschaft ist auf ihrem Höhepunkt angekommen. In der Versammlung zu Grimma, wo unser Parteigenosse Adolf Ziele aus Wurzen über die Militärvorlage unter begeisteter Zustimmung sprach, legte, wie die "Bürgerer Zeitung" meldet, der Vorliegende Rechner bei der Beschreibung der Gründung eines Arbeitervereins es der Versammlung ans Herz, zu erwägen, "wie ungehörig es doch für Arbeiter sei, wenn sie sich Sonntags an Prügeleien beteiligten, wie es in Grimma leider so oft vorkomme, und wie ein Arbeiterverein das Ehrgefühl und die Solidarität zu heben bestimmt sei", da — erstarrte Europa! — erhob sich der die Versammlung überwachende Kathregistrator Heibel und löste die Versammlung auf, weil das, was der Vorliegende ausführe, nicht zur Tagesordnung gehöre. —

Aus Sachsen. Um "sozialdemokratisch angehauchte Reservisten bei ihrem Austritt in das Zivilleben den Einflüssen der mit Hochdruck arbeitenden roten Internationalen zu entziehen und für die künftigen Militärvereine zu gewinnen", wollen die Letzteren einen ganz neuen Schritt auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge unternehmen. Sie haben die Absicht, in sämtlichen sächsischen Militärereinstandbesitzenden Arbeitsnachweise für verlaubte Reservisten zu errichten. In der Landes-Generalversammlung der sächsischen Militärvereine, die im Juli stattfindet, soll über die Sache Beschluß gefaßt werden. Die Extreme berühren sich. Während man sonst in Sachsen "sozialdemokratisch angehauchte Reservisten" gerne aus der Arbeit zu bringen pflegt, wollen die künftigen Militärvereine sogar "sozialdemokratisch angehauchte Reservisten" in die Arbeit bringen. Das Letztere ist jedenfalls, trotz des politischen Beigefühms, löblicher als das Erstere.

Geprügelt darf nicht werden, so hat das Reichsgericht in einer Anklage gegen einen Polizei-Sergeanten entschieden, der behauptete, ein Recht zu haben, die ihm zur Arbeit übergebenen Inassen einer Provinzial-Arbeitsanstalt bei ungenügender Arbeit körperlich zu misshandeln. "Nirgends", so sagt das Reichsgericht, "kann es nach der geltenden Gesetzgebung den Beamten gestattet sein, die ihrer Aufsicht unterstellten Personen körperlich zu misshandeln." So, so! Und doch heißt es, daß der "Willkomm" auf gar vielen Polizei- und Strafgefängnissen zu den bestehenden Einrichtungen gehöre!

Höher geht's nimmer! Als das Non plus ultra der Dummheit darf sich das Gutachten des Gewerbevereins von Bielitz (Oesterr.-Schlesien) betrachtet werden, welches derselbe in der sächsischen Enquete über die Organisation der Großindustrie abgegeben hat. Es sei hier zu dauernder Erinnerung an die sozialpolitische Weisheit österrerschischer Unternehmertums am Ende des 19. Jahrhunderts festgenommen. Der Bielitzer Gewerbeverein sagt nämlich: "Der Staat hat die Pflicht, die staatsverhaltenden Elemente zu stützen. Die Arbeiter können aber kaum zu den staatsverhaltenden Faktoren gerechnet werden, und es sind diese Elemente eher zurückzubalten, als zu fördern." — Wie sich diese neumannelweisen und tausendmal impertinenten Stützen der Gesellschaft von Bielitz wohl die Erhaltung eines Staates ohne Arbeiter vorstellen?

Aus Königsberg wird geschrieben, daß ein Streik der Rahnfahrer in Ostpreußen und Westpreußen, welcher etwa 400 Fahrzeuge, meist kurische Rähne und Schiffer umfaßt, ausgebrochen ist. Derselben verlangen eine Erhöhung des Frachttages von 10 auf 12 Pf. pro Ladungsentner. Der Streik ist hauptsächlich gegen die Unternehmer der Steinlieferungen für die Weichselstrombauten gerichtet.

Aus Dortmund wird geschrieben: Der frühere Pergmann, jetzige Agent Schönwald, veröffentlichte während des Streiks ein von ihm verfaßtes Flugblatt, das eine direkte Aufforderung zur sofortigen Arbeitseinstellung enthielt. Es wurde behauptet, sämtliche hiesige Bergarbeiter-Versammlungen hätten beschlossen, die Saarbrücker Kameraden durch Einstellung der Arbeit zu unterstützen. Die Bergleute mußten einig sein, denn es handle sich nicht nur um ihr Leben, sondern auch um das Leben von Weib und Kind. Alle für Einen, Einer für Alle! Schönwald ist wegen dieses Flugblattes auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches — Aufreizung zum Ungehörig gegen Geleite — angeklagt; er wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Kürzlich hat er bereits 4 Monate erhalten wegen einer Rede in Witten, in der er ebenfalls zum Streik aufgefordert hat. — Und das Alles von Rechts wegen!

Oesterreich.

Wo Pfaffen und Junker regieren steht es um Bildung und Geseitigung schlecht. Im Jahre 1890 gab es in Cisleithanien (Oesterreich ohne Ungarn) unter 23 Millionen Einwohnern 9,605,337 Analphabeten! In Wien waren um dieselbe Zeit nicht weniger als 212,180 Anbubnen, die nicht lesen und nicht schreiben konnten! In den Arbeiterbezirken oftmals so viel, als im reichen Viertel. Und in Land mit dieser schauererregenden Volksunwissenheit geben natürlich Krumpftuch und Verbrechen. 1860—1864 betrug der Brandtrentenkonsum 65 1/2 Million Hektoliter, 1885 allein 86 Millionen! Im Jahre 1891 gab es in Wien 25,000 Obdachlose und 75,000 "Bredner"! — Solch' geistiges und materielles Elend vom Volke zu nehmen, das ist eine Verlebensarbeit. Aber die Sozialdemokratie wird sie vollbringen, mögen Junker und Pfaffen noch so laut schreien.

Belgien.

Brüssel, 22. April. Der Generalausstand ist im Ganzen beendet, nur die Bergarbeiter des Bedens Mons streifen weiter, um eine Erhöhung der Löhne zu erzielen. Die Arbeiterpartei hat in Wirklichkeit einen Sieg errungen, der die Segner freier Volkseinrichtungen arg verstimmt. Im Hochgefühl des Sieges erklärt der "Maison du peuple": Die jetzt eingetretenen Ereignisse beweisen, welche Macht wir sind und eine wie entscheidende Rolle die Arbeiterpartei zu spielen berufen ist. — Die sozialistischen Kreise werden natürlich diesen Weg jetzt öfters betreten und die herrschenden Klassen haben es sich selbst und ihrem thörichten Jägern zu wünschen, wenn die Straßenpolitik die Oberhand gewinnt.

Italien.

In einem "offenen Briefe an den König Humbert", den die in Reggio Emilia erscheinende "Giustizia" (Oesterreichlich) veröffentlicht, wird Humbert aufgefordert, seine Zivilliste auf 250,000 Lire (den Gehalt des Präsidenten der nordamerikanischen Republik) herabsetzen zu lassen. Der offene Brief lautet u. A. aus:

Hier, in unserem Italien, das Analphabetismus (Analphabetismus = Mangel jeder Schulbildung. Ein Analphabet ist der, der weder lesen noch schreiben kann) und Bettlaga (Bettlaga ist die launigste, durch Unterernährung und Hungerstoff erzeugte Hautkrankheit des Proletariats) plagen, und das Milieu seiner Erben, unfähig zu ihrer Ernährung, unter anderem zur Aufzucht von Verbrechern und in Masse zur Ausführung der anstrengendsten und erniedrigendsten Arbeiten gerade nach Amerika schickt, geben wir jedes Jahr für die Familie des Ostantenbesessenen die unglückliche Summe von zwanzig Millionen aus! Ich erlaube mir, Ihnen einen Bescheid vorzutragen, der mir gut scheint, Majestät! Wollen Sie Ihre fiberns Dohheit so feiern, daß alle damit einverstanden sein können? So lassen Sie den Herrn von Kaniemonte sagen, daß, wenn Sie es vergessen, es Ihnen bingegen bewußt ist, daß Italien arm, ja elend, hungrig, unglücklich ist, und verlangen Sie deshalb, daß Ihr Gehalt auf 250,000 Lire herabgesetzt werde, wie das des Präsidenten der Vereinigten Staaten. — Denn Sie sind nicht ährer, Majestät, um etwas in diesem Sinne zu thun, so ist gewiß nicht zu hoffen, daß jene höchst verdorrtwüthigen und höflichstigen Hölische sich regen, die jetzt sich zerreiben möchten, damit die Leute ihr Geld zu Ihrer Ehre verschleudern, während man verachtet, Sie haben sich gegen jede Art öffentlicher Kritik und nützlicher Aufmerkungen ausgeprochen."

Schweden-Norwegen.

Christiania, 22. April. Das Ministerium hat heute seine Entlassung eingereicht, weil der König sich weigert, die Vorhänge des Kabinetts in der Konjunkturfrage zu sanktionieren. Der König behielt sich die Entscheidung über die Annahme der Demission vor.

Spanien.

Madrid, 22. April. Hier sind eine Reihe Gemeindeverträge verfaßt, die aus der Gemeindekasse mehrere Millionen unterzulegen haben. Der Standal, der natür-

Die Hand der Erbin.

Original-Roman von D. Reinhold.

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung.)

"Sie sagten vorhin selbst", fuhr Berthold fort, "daß sich Fräulein Engelhardt, die ja jetzt sehr wohlhabend geworden ist, unter Ihren Schatz gestellt habe. Darf ich Sie vielleicht um eine nähere Erklärung bitten, wie Sie sich die Fortsetzung dieses Verhältnisses denken?" Hellmuth war betroffen; aber er wachte noch nicht recht, ob er den Beteiligten spielen sollte.

"Ich verstehe Sie nicht, mein Herr!" sagte er zögernd.

"Sie meinen doch nicht etwa —"

"D ja, Herr Doktor, Sie verstehen mich sehr wohl!" fiel ihm Berthold ins Wort. "Ich bin ein armer Handwerker und habe unweifelhaft eine ungleich geringere Weltanschauung als Sie. So weit aber reicht meine Menschenkenntnis denn doch, daß ich Ihrem lebhaftesten Interesse für Fräulein Engelhardt die richtige Deutung zu geben verstände! Oder wollen Sie mir etwa ins Gesicht sagen, daß ich mich täusche?"

So reich an Ueberraschungen diese Unterhaltung auch für Hellmuth war, so vermochten ihn dieselben doch immer für wenige Sekunden aus der Fassung zu bringen. Er hatte bald eingesehen, daß er es in dem jungen Handwerker mit einem ganz ungewöhnlichen Menschen zu thun habe, einem Nebenbuhler, dem er mit seinen aristokratischen Alluren durchaus nicht imponierte und der keineswegs so leicht abzufertigen war, als er erwartet hatte.

Darum schien es ihm vorläufig am besten, ihm mit scheinbarer Offenheit entgegenzukommen, um dabei seine wahren Absichten desto bequemer studiren zu können.

"Ich weiß nicht, was ich Ihnen darauf antworten soll, mein Lieber; denn ich zweifele fast, daß Sie meinen Worten die rechte Deutung geben würden. Wenn ich Ihnen nun sage, daß die junge Dame in der That einen

tiefen Eindruck auf mich gemacht hat, daß ich unter anderen Umständen Alles daran setzen würde, um mir früher oder später ihre Liebe zu gewinnen, muß ich dann nicht Gefahr laufen, von Ihnen mißverstanden zu werden und unvorbedeutend Ihre Unwissen zu errögen. Darum beschränke ich mich darauf, Ihnen zu erklären, daß mein Verhalten dem Fräulein gegenüber durchaus korrekt gewesen ist und bleiben wird!"

Zwischen Bertholds Brauen erschien eine tiefe Furche.

"Das ist ein Spiel mit Worten, Herr Rechtsanwalt!"

sagte er beinahe rauch. "Es ist eines ehrlichen Mannes unwürdig, der Antwort auf eine gerade und offene Frage mit "wenn" und "aber" aus dem Wege zu gehen! Kurz gefaßt also — und ich bitte Sie, mir dabei ins Auge zu schauen — Sie lieben Helene?"

"Nun, wenn Sie es denn nicht anders haben wollen — ja!"

"Und Sie gehen mit der Absicht um, sich um sie zu bewerben?"

"So lange sie meine Neigung nicht erwidert — nein!"

"Und wenn der eine oder der andere Fall eintritt?"

"Sie fragen etwas viel, mein Lieber! Das sind Dinge, über die ich selbst noch nicht nachgedacht habe!"

"Nun, so werden Sie jetzt darüber nachdenken! Ich verlange eine Auskunft und ich kann sie fordern!"

"Mit welchem Recht?"

Sie waren in eine ziemlich menschenleere Straße gelangt und sie blieben gleichzeitig stehen, sich schaf ins Gesicht blickend.

"Mit welchem Recht — fragen Sie? Nun wohl, mein Herr, wenn Sie denn wirklich so schwer begreifen können, was mich zu dieser Unterredung veranlaßt, so will ich es Ihnen sagen. Ich gebe das Glück meines Lebens, Träume und Hoffnungen meiner Zukunft hin, weil ich mich nicht für einen geeigneten Gatten Helenes halte und weil sie unter allen Umständen ihre Freiheit

wieder erlangen soll. Aber ich erwerbe mir mit diesem Opfer ein heiliges Recht, ein Recht, auf das ich niemals verzichten werde und das ich mir auch von Niemand bestreiten lassen will — das Recht, über das Glück und den Hausfrieden Helens zu wachen! Ich will sie nicht freigegeben haben, damit sie dem ersten besten Espekulanten oder Glückstücker in die Hände falle, und keinem Anderen werde ich das Feld räumen, als einem Manne, den ich ihrer für würdig halte und von dem ich aus tiefstem Herzen gründe überzeugt bin, daß er sie um ihrer selbst willen treu und wahrhaftig liebt!"

"Die Stellung, welche Sie sich da selbst zu schaffen beabsichtigen, ist allerdings mehr als seltsam, mein Herr Berthold, wenn ich auch gern zugeben will, daß es die edelsten Motive sind, welche Sie bestimmen. Es fragt sich aber nur, ob Fräulein Helene selbst geneigt sein wird, erlösen — in die Lösung des Verhältnisses zu willigen und zweitens, in bejahendem Falle, eine solche Vormundschaft zu bilden, wie Sie sie auszuüben gedenken!"

"Es würde Helene ohne Helensens Einwilligung gehen können! Nebenfalls sind das Fragen, welche Sie wenig interessieren können; denn sie betreffen Helene und mich allein. Sind Sie nun geneigt, mir eine Antwort zu geben?"

"Nun wohl, mein Herr, Sie sollen die Antwort haben; denn meine Zeit ist zu Ende, und die Straße ist überdies nicht der rechte Ort, eine solche Besprechung durchzuführen. Ich mache Ihnen Geheimnis daraus, daß ich Fräulein Engelhardt liebe, natürlich ausschließlich um ihrer selbst willen liebe; denn das ist zugestanden. Erbe mag Ihnen zwar ungeheuerlich groß erscheinen, ist aber in Wirklichkeit für eine gesellschaftliche Stellung, wie die meinige, verhältnismäßig gering.

(Fortsetzung folgt.)



licher Weise berechtigtes Aufsehen gemacht, gewinnt auch durch die eingeleitete Untersuchung noch bedeutenderen Umfang. Hauptangeklagter ist ein gewisser Bürgermeister Senator Bofch. — Neben große und kleine Panamas.

Deutscher Reichstag.

80. Sitzung vom Freitag, den 21. April.

Am Tisch des Bundesrathes: v. Bötticher u. K. Eingegangen ist eine Noctule zu dem Gesetz, betr. die Abtödtung von Viehkrähen.

Zur Beratung steht zunächst der folgende Antrag Stadtbagen (Soz.): Der Reichstag wolle beschließen: Der Staatsanwaltschaft beim königlichen Landgericht Berlin I wird die Strafverfolgung des Reichstagsabgeordneten Stadtbagen wegen angeblicher Verletzung des § 358 des Reichsstrafgesetzbuches ertheilt.

Zur Begründung des Antrages führt Abg. Stadtbagen (Soz.) aus: Ich sehe mich genöthigt, den vorliegenden Antrag zu stellen, da die Staatsanwaltschaft die Einleitung des Verfahrens wegen mangelhafter Immunität als Rückgriff abgelehnt hat. Ich soll nach dem Erkenntnis des Obergerichtshofes mich einer Schenkung übergeben schuldig gemacht haben. Die Immunität kann nicht bedeuten, mich den ordentlichen Gerichten zu entziehen. Es muß mir vielmehr Gelegenheit geboten werden, nachzuweisen, ob ein Fehlen auf dem Gebiete meiner Ehre liegt oder nicht. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Kiermann (kon.): Es ist meines Wissens das erste Mal, daß ein Mitglied des Reichstages die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens selbst nachsucht. (Sehr richtig!) Da sich nicht überlegen läßt, ob die Staatsanwaltschaft nicht noch andere Gründe zur Zurückweisung gehabt hat, beantrage ich die Beweiskraft des Antrages an die Geschäftserhebungscommission, die Sache durch Zuziehung von Vertretern des Reichstagsmitglied nachzuführen.

Abg. Bebel (Soz.): Obgleich ich sehr überzeugt bin, daß die Geschäftserhebungs-Kommission bei der Prüfung des vorliegenden Antrages nicht anders erfahren wird, als nach Abgrenzung der Stadtbagen hier vorgebracht hat, so werden wir doch gegen den Antrag Kiermann seinen Widerpruch erheben, weil wir der Meinung sind, daß eine geschäftserhebungs-mäßige Prüfung darüber eintreten muß, ob die dem Antrag zu Grunde liegenden Thatsachen richtig und vollständig angeführt sind. Dem Abg. Stadtbagen ist die Bezugnahme auf die Ausführung des rechtsanwaltschaftlichen Beweises durch Abgeordneten auf Grund einer Handlung, die, wenn sie sich geschah, als eine ehrenrührige angesehen werden und strafrechtlich verfolgt werden müßte. Wir befinden uns hier in der eigentümlichen Lage, daß während sonst die Staatsanwaltschaft selbst beim Reichstags-Antrage auf strafrechtliche Verfolgung von Mitgliedern besteht, sie hier stattdessen die Verfolgung verweigert, obgleich ein Erkenntnis des Reichsgerichts ein Mitglied des Hauses einer ehrenrührigen Handlung beschuldigt. Ich glaube, daß allerdings nicht allein das betreffende Mitglied, sondern auch der gesamte Reichstag ein sehr großes Interesse daran hat, festzustellen, ob diese vom Reichsgericht gegen ein Mitglied ausgesprochene Beschuldigung gerecht fertigt ist. Und wenn die Staatsanwaltschaft unter so eigentümlichen Umständen keine Beanstandung nimmt, obwohl sie von Rechts wegen dazu verpflichtet wäre, den Antrag auf Verfolgung an das Reichsgericht zu bringen, und sich weigert, diese ihr von Rechts wegen vorgeschriebene Pflicht zu erfüllen, dann muß sie der Reichstags-Assemblee, ihrer Pflicht nachzukommen. Ich bitte daher dringend, dem Antrag Kiermann zuzustimmen, und hoffe, daß die Geschäftserhebungs-Kommission zu keinem anderen Resultat kommen wird, als der Abg. Stadtbagen wünscht, und daß wir alsdann die Staatsanwaltschaft aufzufordern, zu prüfen, ob sich ein Mitglied des Hauses eine ehrenrührige Handlung hat zu Schulden kommen lassen oder nicht.

Abg. Herwig (fr.): Ich habe das Bedenken gegen den Antrag, daß er nicht zur Annahme gelangen kann, ohne daß ein Antrag der Staatsanwaltschaft vorliegt. Ich stimme aber dem Antrage Kiermann zu.

Abg. Träger (fr.): Ich bitte das Haus, auf das Bedenken meines Freundes Herwig nicht einzugehen, sondern dem Antrage Stadtbagen stattzugeben. Es muß demselben Gelegenheit geboten werden, sein Verhalten vor Gericht zu rechtfertigen. Es ist ein eigentümlicher Fall. Sie müssen aber bedenken, daß der Abg. Stadtbagen einem in spezialen Erkenntnis gegenübersteht. Nachdem die Staatsanwaltschaft auf seine Selbstrenonciation nicht eingegangen ist, sondern verlangt hat, er solle die Genehmigung des Reichstages beibringen — ein nach meinem Urtheile unerhörtes Verlangen — steht Abg. Stadtbagen hier als reuiger gestorbener Staatsanwaltschaft, und wir können seinem Antrage ohne Weiteres stattgeben.

Abg. Frhr. v. Hruscha (Rp.): So einfach, wie der Herrredner meint, liegt die Angelegenheit nicht, wenn auch das Verhalten der Staatsanwaltschaft etwas eigentümlich ist. Da der Fall zum ersten Male an den Reichstag herantritt, möchte ich also doch die Überweisung des Antrages an die Geschäftserhebungscommission befürworten.

Abg. Singer (Soz.): Der Abg. Kiermann hat gemeint, die Staatsanwaltschaft könnte doch die Einleitung des Verfahrens zum bestmöglichen abweisen, weil sie in der Sache selbst keine Veranlassung zur strafrechtlichen Verfolgung habe. Dieser Einwand macht einen um so eigentümlicheren Eindruck, wenn man berücksichtigt, daß der Obergerichtshof in Leipzig diesen Grund als einen zur Aufrechterhaltung des Abg. Stadtbagen an der Rechtsanwaltschaft geeignet erachtet hat. Und wenn der höchste Gerichtshof in dieser Beziehung einen solchen Grund in seinem Erkenntnis anführt, dann ist es so ipso facto genug für die Staatsanwaltschaft, eine Untersuchung in dieser Frage einzuleiten. Der Reichstag hat um so mehr Grund den Antrag anzunehmen, weil nicht nur der § 358 des Reichsstrafgesetzbuches, sondern auch der § 358 in Frage kommt, wonach auf Abrennung der öffentlichen Ämter auf die Dauer von 1-5 Jahren erkannt werden kann. Reine Partei hat den dringlichsten Wunsch, die Beschuldigung des Obergerichtshofes gegen den Abg. Stadtbagen zum Gegenstand der Beweiskraft vor einem ordentlichen Gerichte zu machen. Ich frage mich der Beschuldigungen des letzten Redner und auch der Beschuldigungen der Geschäftserhebungscommission, daß diese Frage mit der Schärfe nicht angeht werden solle, denn Niemandem ist eine genauere Prüfung dieser Sache erwünschter als uns.

Abg. Schröder (fr.): Mir scheint der Antrag nur das Ziel zu haben, dem Abg. Stadtbagen eine Art Ermüdung zu bieten. Das können wir nicht. Wir würden nur einen unglücklichsten Schritt der Staatsanwaltschaft als solchen fernhalten. Der Überweisung an die Geschäftserhebungscommission stimme ich aber zu.

Abg. Kiermann (kon.): Bevor wir durch Annahme eines solchen Antrages gewissermaßen die Staatsanwaltschaft zur Erhebung einer Klage nöthigen, möchte ich doch geheißen werden. Deshalb bitte ich die nochmaligen meinen Antrag anzunehmen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Stadtbagen wird an die Geschäftserhebungscommission verwiesen. Am Bericht der Geschäftserhebungscommission wird Johann Bebel, die Genehmigung zur Einleitung einer Klage gegen den Abg. Schröder (Soz.) zu verlesen.

Die Geschäftserhebungscommission (Präsident Abg. v. Rodde) beantragt weiter, die Genehmigung zur Verlesung des Abg. Widensbach bezügl. Ableitung des Offenbarungsbüch zu verlesen.

Abg. Widensbach (Anti.): Ich erregte nur das Wort, um dem Bedacht vorzugeben, daß die Schuld auf Schlemmer nicht zurückzuführen ist. Dem Wein, für den hier die Bezahlung gefordert wird, habe ich nicht bezahlt und nicht bezahlt. Die fälligen Berichte können nur von einem Mitgliede der Geschäftserhebungscommission herkommen.

Abg. Kiermann: Ich muß gegen letztere Bemerkung protestiren. Es ist zu besten in seiner Weise berechtigt.

Abg. Widensbach: Der Zeitungsbericht ist noch an demselben Nachmittag erschienen und führt von einem parlamentarischen Berichtserfasser her, der Kenntnis von den Vorgängen in der Kommission nur durch ein Mitglied des Hauses erhalten haben kann.

Abg. Kiermann stellt fest, daß der Redner jetzt von einem Mitgliede des Hauses, vorher von einem solchen der Geschäftserhebungscommission gesprochen habe. Das habe er nicht ohne Widerspruch hingenommen lassen können.

Der Antrag der Geschäftserhebungscommission wird angenommen. Der Entwurf, betr. die Stellung des Geschäftsverwaltergesetzes auf Belgolan wird ohne Diskussion in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die vom Reichstagen nachgefragte Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Hamburger „Schw.“ auf Grund eines Artikels in der Zeitsung vom 1. März 1893 mit dem Titel „Noch etwas von der Zukunftsfrauentheorie“, wegen Verletzung des Reichstages wird, entsprechend dem Antrage der Geschäftserhebungscommission, verlegt. Es folgt die erste Beratung des Reichstagesgesetzes.

(Schluß der Sitzung in nächster Nummer.)

Parteinachrichten.

Ein Schweizer Parteigenosse schreibt uns: Wilhelm Liebknecht macht gegenwärtig in der Schweiz eine Agitationsreise. Am Sonntag Abend sprach er in St. Gallen, am Dienstag Abend in Jürich; am Mittwoch Abend wird er in Luzern, Donnerstag in Bern und Freitag oder Sonnabend in Basel sprechen. In Jürich sprach Liebknecht vor circa 1200 Personen im „Kaffee“ in Aulerstraße über „Gegenwartigkeit und Zukunftsfrauentheorie“, wobei er die Zukunftsfrauentheorie-Debatte im Deutschen Reichstages kurz zusammenfaßte und kritisch beleuchtete. Der fast zweistündige Vortrag wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen. In der Diskussion befaßten sich die Anarchisten vulgo „Unabhängigen“, der Verlammlung den ganz überflüssigen Beweis zu erbringen, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben. Von den sechs anarchischen Rednern waren drei Deutsche, von denen zwei ausgetreten sind, weil sie jeder vom Untersuchungsrichter eine Verurteilung zur Einvernahme wegen angeblicher Aufreizung erhalten hatten. Von den Uebrigen war der Eine Döhrreicher, der Andere Holländer und der Dritte Däne. — Liebknecht beleuchtete in seinem Schlußworte das Treiben der Leute, die sich „Unabhängige“ nennen, deren ganze Thätigkeit sich in der niederträchtigen Beschimpfung und Verleumdung sowohl einzelner Genossen wie der ganzen Sozialdemokratie erschöpfe, und die von der Polizei und Bourgeoisie protegiert werden, und zeigte dann, was die Anarchisten, zu denen sich die „Unabhängigen“ entwickelten, geleistet, oder vielmehr nicht geleistet haben.

Das Schiedsgericht, das vom Berliner Parteitag in Sachen Riemanns aus Obemitt angeordnet worden war, hat nach siebenjähriger Beratung folgenden Spruch gefällt: „Das am 31. März tagende Schiedsgericht erkennt den im Januar 1891 stattgefundenen Ausschluß Riemanns zu Unrecht bestehend an, weil verrißt, da der Ausschluß gelaßt, ohne daß Riemann vorher gehört wurde. Bew. weil ihm nicht vorher Gelegenheit gegeben worden ist, sich in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Das dem Schiedsgericht vorgelegte Material ist unbedingt geeignet, Riemann ernstlich zu rügen, indeß kann der Ausschluß aus der Partei aus obigem Grunde nicht anerkannt werden.“ Die Obemittigen Parteigenossen haben sich in ihrer Verammlung am 15. April mit dem Spruch einverstanden erklärt.

Zum Wahlaufauf des Parteivorstandes bemerkt die ultramontane „Germania“ u. A.: „Wie man sieht, ist die Sozialdemokratie außerordentlich rührig und hat bereits alle Vorbereitungen zu Neuwahlen getroffen, obgleich eine Auflösung des Reichstages noch nicht so ganz zweifellos ist. Anderen Parteien können die vorzügliche Organisation und der Eifer der Sozialisten als Mahnung dienen, auch ihrerseits nicht zu veräußen, um für den Wahlkampf, im Falle einer Auflösung des Reichstages, gerüstet dazustehen.“

Aus Stadt und Land.

Dant, 24. April. Zum diesjährigen Musterungsgeschäft weisen die Militärbehörden darauf hin, daß in diesem Jahre über 90000 Militärpflichtige mehr als im Jahre vorher zur Musterung erschienen sind. Um so viel sei der Jahrgang 1872 härter als der Jahrgang 1871 mit seiner in Folge des Krieges geringeren Zahl von Geburten. Das Ergebnis der größeren Zahl von Militärpflichtigen in diesem Jahre kann nicht überraschen. Denn nach der amtlichen Statistik kamen im Jahre 1871 auf 1000 Einwohner in Folge der Abwesenheit zahlreicher verheirateter Personen in Frankreich nur 36 Geburten, während unmittelbar darauf im Jahre 1872 die Zahl der Geburten auf 41 stieg. Diese Steigerung hat sich um eine Kleinigkeit noch fortgesetzt bis 1875, wo die Zahl von 42 1/2 Geburten auf 1000 Einwohner erreicht wurde. Seit 1875 aber ist in Deutschland die Zahl der Geburten im Verhältnis zu der Bevölkerung in einer fortgesetzten Abnahme begriffen. Im Jahre 1890 betrug die Zahl der Geburten nur 37 auf 1000 Einwohner, also kaum mehr als im Kriegsjahre 1871 (36). Zu den Geburten der Militärverlage gehört auch, daß künftig die Jahrgangsunterschiede in der Zahl der Geburten den Erfolg der Aushebung bestimmen. An manchen Orten wird ausgehoben, als wenn die neue Militärverlage schon Gesetzkraft hätte, und in Folge dessen werden Viele für tauglich befunden, die sonst in Bezug auf Größe, Brustumfang, Qualität der Augen u. s. w. viel zu wünschen übrig lassen. Kurzum, es wird gethan, als wenn die Franzosen schon kriegsgerüstet an der Grenze ständen und „Väterchen“ von der Westo seine Kolonnen hätte aufmarschieren lassen, um jeden Tag in Preußen-Deutschland von der Ostsee aus einzufallen. Das dies Alles nur Mittel zum Zweck sind, um für die neue Militärverlage Stimmung zu machen, liegt auf der Hand.

Dant, 24. April. (Theater.) Die zweite Vorstellung im „Hotel zur Krone“ war leider nur mäßig besucht, was umso mehr überraschen muß, da die Direktion alles aufgeboten hatte, um den Besuch dieser Vorstellung jeden möglich zu machen, und zweitens, weil um der Genuß, eine neubegleitete Theatervorstellung anzusehen, so selten geboten ist. Geopfert wurde von den Künstlern, mit einigen Ausnahmen, vortrefflich und war daher der lebhafte Beifall des dankbaren, wenn auch kleinen Publikums ein wohlverdienter. Trotz des schlechten Erfolges hat sich Herr Direktor Riemann dennoch wieder entschlossen, am Mittwoch Abend das dritte Gastspiel zu geben. Zur Aufführung gelangt „Die beiden Reichenmüller“ oder „Die schöne Holländerin“.

Wilhelmshaven, 24. April. Tortur auf deutschen Kriegsschiffen. Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht der „Vorwärts“ folgendes ihm von einem im Jahre 1880 bei der deutschen Marine gebienten Matrosen zugewandtes Schriftstück: Die qualvolle Strafe, über die Sie jüngst berichteten, ist eine liebende Einrichtung auf deutschen Kriegsschiffen. Hossentlich wird im Reichstages beim Marine-Gesetz die schamlose Strafmethode mit aller Schärfe gekehrt und ihre Beilegung gefordert werden. Ich dienie im Jahre 1880 auf der Korvette „Frey“ als Matrose. Wegen eines Vergehens im Dienst wurde ich zu vier Wochen Arrest — wir lazen damals in Hongkong vor Anker — verurtheilt. Mehrere Wochen hindurch wurde ich täglich wie folgt behandelt: Des Mittags um 12 Uhr kam der Stabswachmeister Freitag, legte mir ein Stück Segeltuch um die zusammengebrachten beiden Handgelenke, schlang einen Strick um diese und nun mußte ich mich auf die Jehen stellen so hoch ich konnte. Der Strick wurde um einen über mir angebrachten starken Dafen gelegt, fest angezogen und dann zusammengeknüpft. So mußte ich zwei Stunden zubringen, und zwar täglich während der Mittagshöhe in den Tropen. — Das letzte Beispiel dieser qualvollen Strafe, welches wir ermahnten, passierte einem Matrosen auf dem Panzerschiff „König Wilhelm“ im Rieker Hafen, der sie sich aus geringfügiger Ursache zugezogen hatte. Sehr treffend bemerkt der „Vorwärts“: Meint man durch Folterqualen die Reueung des Volkes zum Militärdienst zu heiligen? Mit berartigen barbarischen Strafen muß schleunigst aufgeräumt werden. Wenn die Seeoffiziere, von denen diese Strafen verhängt werden, in der Gluth der Tropenhitze Stundenlang am Dafen hängen müßten, angstvoll auf den Jehen wippend, sie kämen vielleicht zur Einsicht, daß Mannesjudt und Tortur nicht dasselbe sind.

Wilhelmshaven, 24. April. Am Freitag verunglückte der Schiffer A. b. am Verholen des Wachtbootes „Castor“. A. wurde von der Troste, mittelst welcher das Schiff an Land befestigt war, umschlungen, wobei er schwere Verletzungen davon trug, jedoch keine Lebensföhrung nach dem Bestfrankenhaus notwendig war.

Wilhelmshaven, 24. April. Ein Theil der Radialstraße (Altendeichweg, in der Nähe des Obergeratoriums) bleibt wegen Umpflasterung von heute ab bis zum 29. d. Mts. für den Wagenverkehr gesperrt.

Wilhelmshaven, 24. April. Im Panorama in der Oldenburgerstraße werden in dieser Woche Landschaften aus Cypern und Syrien ausgeföhrt.

Oldenburg, 23. April. Mit dem Bau eines Schlachthausen wird nun auch bald begonnen werden. Der nächsten Stadtrathssitzung soll eine diesbezügliche Vorlage gemacht werden, welche, wie man sagt, bestimmt auf Annahme rechnen darf. Als Platz ist das Grundstück, welches zwischen der Gießeriei von Meyer u. Ko. und der Sägemühle am Stau liegt, ausersehen.

Vermisches.

Ungetreuer Beamter. Das Schwurgericht zu Mannheim verurtheilte den Bürgermeister und Kirchenrechner Anton Müller in Diselshausen (Taubergrund) wegen schwerer Unterschlagungen und Fälschungen im Amte zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Eine Gerichtsszene. Aus dem badischen Oberland wird dem „Freiburger Boten“ folgende Geschichte erzählt: An einem Gericht, das Schöffengericht ist ein Anwalt beschäftigt, welcher, trotzdem er in Baden geboren und aufgewachsen ist, sich bemüht, im schönsten königl. preussischen Kadetten-Dialekt zu sprechen. Königlich stand nun vor diesem Schöffengericht ein bayrischer Stromer, welcher in Baden Landföhrer verübt hatte. Als der betreffende Anwalt dem Stromer vorhielt, weshalb er als geborener Bayer nach Baden gekommen und weshalb er nicht dahier geblieben sei, antwortete der Angeklagte dem Herrn Anwalt: „Dös isch amol a dumms' G'schwätz. D'r Sprach nach fass a Preuß und nach Wade komme, um Geld 'z' verdienen!“ — Das Gericht verurtheilte ihn, „schnodderigen“ Dahern wegen ungebührlichen Betragens zu einer Haftstrafe von 3 Tagen.

Von der kapitalistischen Sittlichkeit. Der Newporter Gerad“ meldet: David W. Bruce, der bekannte Millionär und frühere Socius der Rattanbrud-firma George Bruce, Sohn u. Co., wurde gestern in einem Gartenhaus der 6. Avenue zugleich mit neun jungen Frauenpersonen, die seinen Parcom bildeten, verhaftet. Mr. Bruce, ein alter Herr, ist Zungegelle und ein Letter der verstorbenen Miß Catharine Vorillard Wolfe, die ihrer Zeit für die reichste Frau der Vereinigten Staaten galt. Er ist einer der Vermögensverwalter ihres Nachlasses, der auf 30 Millionen Dollars geschätzt wird. In gewissen Beliebenen Newports führt Mr. Bruce den Spitznamen „Champaaner-Charley“. Bei seiner Verhaftung gab er an, er hätte Charles Brown; aber das müßte ihm nichts, seine Identität war reich festgestellt. Man entließ ihn nach der Haft gegen eine Bürgschaft von 5000 Dollar.

Rein leinene Taschentücher  
 gestümt und ungestümt, Dtd. von  
 200 Mk. 1.90 an.  
**Monogramm - Schablonen**  
 St. 20 und 40 Pf.  
**Wäschebuchstaben**  
 doppelt 3 Dtd. 25 Pf., einfach  
 3 Dtd. 10 Pf.  
**Strickgarn**  
 weiß 3 Dtden 10 Pf., do. türkis,  
 roth Doke 5 Pf.  
 sowie  
**alle sonstig. Artikel**  
 zu billigen Engros - Preisen  
 im  
**Hamburger Engros - Lager**  
 12. Neue Wilhelmshavenerstr. 12.

**Elegante  
 Damen - Umhänge  
 und -Kragen**  
 in schöner neuer Auswahl zu mäßigen  
 Preisen.  
**B. H. Bührmann,**  
 Wilhelmshaven.

**Engl. Tüll-Gardinen**  
 in den neuesten und schönsten Mustern  
 und nur guten Qualitäten, Meter  
 45—90 Pf.  
**Kongressstoffe**  
 in gestreift und glatt, in Ia. Sorten,  
 Meter 80 Pf.  
**Hemdentuche**  
 schwere Waare, Meter von 30 Pf.  
 an, 10 Meter Mk. 2.90.  
**Caillen - Körperfutter**  
 Meter von 35 Pf. an,  
 10 Meter Mk. 3.30.  
**Futtergaze**  
 Meter 28 Pf., 10 Meter Mk. 2.50.  
**Sämmtliche  
 Schneider-Artikel**  
 zur Anfertigung von Kostümen und  
 Anzügen besonders billig und in guten  
 Qualitäten im  
**Hamburger Engros - Lager**  
 12. Neue Wilhelmshavenerstr. 12.

**Herren - Sommerjackets**  
 — Stück 1,25 Mk. —  
**B. H. Bührmann,**  
 Wilhelmshaven.

**Tapeten**  
 in den modernsten Mustern empfiehlt in  
 allen Preislagen  
**A. Biller, Malermstr.,  
 Bant.**  
**Zu vermieten**  
 eine Ober- und eine Unter-  
 Wohnung zum 1. Mai.  
**H. Wölbern, Bant,  
 Adolfsstraße 23.**

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Mit dem heutigen Tage eröffnen wir  
**12 Neue Wilhelmshavenerstr. 12**  
 ein  
**Spezial-Geschäft**  
 in allen  
**Kurz-, Näh-, Futter- und  
 Besatz-Artikeln**  
 Knöpfen, Korsetts, Handschuhen, Strumpf-  
 und Weißwaaren, baumwollenen und wollenen  
 Strickgarnen, Kravatten, Trikotasen, Arbeiter-  
 Senden, Schürzen etc. etc.  
 Wir werden bestrebt sein, durch streng reelle, cou-  
 lante und billige Bedienung das Wohlwollen unserer  
 Kundschaft zu erwerben und bitten um freundliche Unter-  
 stützung unseres Unternehmens.  
**Nachmann Pels & Co.**  
 Hamburger Engros-Lager  
 12 Neue Wilhelmshavenerstr. 12.

Empfang per Schiff „Silda“, Kapit. Pieken, eine  
 Ladung  
**Prima schott. Haushaltungs-Kohlen**  
 und halte dieselben zu billigsten Preisen bestens empfohlen.  
**H. Menken, Kopperhörn.**

**Stelle gesucht.**  
 Ein zuverlässiger älterer Mann, ver-  
 heirathet, mit schöner Handschrift sucht als  
**Schreiber, Verwalter** oder für einen  
 sonstigen Vertrauensposten Stellung.  
 Offerten an die Exp. d. Bl. erbeten.  
**Gesucht auf sofort  
 tüchtige Malergehilfen.**  
**A. Biller, Bant.**  
**Gutes Logis**  
 Neue Wilhelmshavenerstr. 67, 1 Tr.

**Shirting-Damen-Röcke**  
 mit festem Ansatz von 1—7 Mk.  
**Waschrüschen**  
**Salzschleifen**  
 von 5 Pf. an.  
**Sommer - Damen- und  
 Kinder-Handschuhe**  
 auch mit Stulpen, von 20 Pf. an.  
**Gestickte  
 Mansoc - Roben**  
 von Mk. 5.50 an.  
**Hamburger Engros - Lager**  
 12. Neue Wilhelmshavenerstr. 12.

**Bettfedern u. Daunen**  
 Qual. A. Graue Federn Mk. 0,80  
 " B. Graue Halbdaunen " 1,30  
 " C. " " " 1,50  
 " D. " Daunen " 2,00  
 " DD. Gänsfedern " 2,00  
 " E. Silbergraue Gäns-  
 federn " 2,70  
 " F. Weiße Halbdaunen " 3,40  
 " G. Weiße Schwanfed. " 4,00  
 " H. Silbergr. Daunen " 4,50  
 " J. Weiße Daunen " 5,50  
 " K. Weiße feinstockige  
 Daunen " 7,00  
 " L. Weiße Schwanbaun. " 9,00  
 Sämmtliche Federn sind vollständig  
 kauf frei und lagern in trockenen  
 Räumen.  
**Wulf & Francksen.**

**Zu vermieten**  
 zwei schöne Familienwohnungen  
 zu 150 und 100 Mark p. a. sowie  
**möblierte Zimmer**  
 mit und ohne Beköstigung zum mäßigen  
 Preise. **S. J. Semmen, Gastwirth,  
 Bant, am Markt.**

**Theater in Bant.**  
**Hotel „Krone“.**  
 Drittes Gastspiel der Wilhelmshavener  
 Theater-Gesellschaft.  
**Mittwoch den 26. April:**  
 Große Gesangsposse! Sensationell!  
**Die beiden Reichenmüller**  
 oder:  
**Die schöne Holländerin.**  
 Posse mit Gesang in 4 Akten von Anton  
 Anno.  
**Preise:** 1. Parterre 1 Mk., 2. Parterre  
 75 Pf., Gallerie 50 Pf.  
 Im Vorverkauf bis Abends 7 Uhr sind  
 Karten: 1. Parterre 80 Pf., 2. Parterre  
 60 Pf., Gallerie 40 Pf. bei Herrn Max  
 Jürgens, Herrn S. J. Semmen, Herrn  
 F. Gerwich u. J. F. Gloystein zu haben.  
**Kassendffn. 7 1/2, Anfang 8 Uhr.**

**Panorama international.**  
 16 Oldenburgerstr. Oldenburgerstr. 16.  
 Diese Woche:  
**Insel Cyprien.**  
 Entree 30 Pf., Kinder 20 Pf.  
 Geöffnet von Morgens 10 bis Abends 10 Uhr.

**Ein Laufbursche**  
 für die Abendstunden gesucht im  
**Hamburger Engros-Lager**  
 12 Neue Wilhelmshavenerstr. 12.

**Zu vermieten**  
 zum 1. Mai und 1. Juni je eine freundliche  
 Familienwohnung mit Keller und Boden-  
 raum.  
**S. Rüdiger, Bant,  
 Annenstraße.**

Die von **Aleus** benutzte  
**Wohnung**  
 in der früheren 2. Passerei hieselbst ist  
 nebst einem theils befestigten Garten  
 umfände halber zu Mai d. J. billig zu  
 vermieten.  
 Neumde, 21. April 1893.  
**J. Cerdas,  
 Auktionator.**

**Billig zu verkaufen**  
 1 hohes **Zweirad** 50" zu 80 Mark,  
 1 do. do. 54" zu 100 Mark, 4 **Novor**,  
 davon 2 mit Pneumatic-Reifen; alle Räder  
 sind so gut wie neu. Anfragen nimmt  
 entgegen die Exp. d. Bl. unter Chiffre  
 C. H. 90.

**Codes-Anzeige.**  
 Am Sonnabend den 22. April,  
 Abends 7 Uhr, verschied nach lang-  
 jährigem schwerem mit Gebuld er-  
 tragenem Leiden mein lieber Mann  
 und meiner 5 Kinder treusorgender  
 Vater, der Maschinenbauer  
**Heinrich Osterkamp**  
 im Alter von 43 Jahren.  
 Um stille Theilnahme bittet  
 Wilhelmshaven, 24. April 1893.  
 Die trauernde Wittwe:  
**Anna Osterkamp**  
 nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet Donnerstag  
 den 27. April, Nachmittags 3 Uhr,  
 vom Trauerhause, Däselestraße 7,  
 aus statt.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Theil-  
 nahme bei der Beerdigung unseres innig  
 geliebten Töchterchens, sowie für die vielen  
 Kranzspenden sagen wir Allen unseren  
 herzlichsten Dank.  
**Bruno Gertramp**  
 nebst Frau, Sohn und Bruder.

Verantwortlich für die Redaktion: G. Duben; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.